- 1191** Art. R.623–6 CPI enthält die Anforderungen, die an den Namen gestellt werden: „Er muss es ermöglichen, die Sorte von jeglichen anderen Sorten zu unterscheiden, und er muss jegliche Verwechslungsgefahr im Hinblick auf andere Sorten derselben botanischen Spezies oder einer verwandten Spezies in Frankreich oder in den Vertragsstaaten des Internationalen Übereinkommens vom 2. Dezember 1961 zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vermeiden. Er darf nicht geeignet sein, im Hinblick auf Ursprung, Herkunft, Eigenschaften oder Wert der Sorte oder der Person des Züchters in die Irre zu führen oder Verwechslungen zu verursachen. Er darf nicht gegen die guten Sitten oder die öffentliche Ordnung verstoßen.“ Somit muss der Name unterscheidungskräftig sein und er darf weder in die Irre führen noch gegen Art. 6 des Code Civil verstoßen, d. h. er muss die guten Sitten und die öffentliche Ordnung wahren.
- 1192** Diese Anforderungen sind auch in dem oben erwähnten Arrêté vom 1. September 1982 aufgeführt, und dieser legt in Art. 4 ergänzend fest: „Ein Name darf sich aus höchstens drei Wörtern zusammensetzen und diese müssen einfach auszusprechen und zu merken sein. Es ist nicht erforderlich, dass die Wörter einen Sinn ergeben. Jedes der Wörter, aus dem sich der Name zusammensetzt, darf aus höchstens drei Silben bestehen. Besteht der Name aus einem einzigen Wort, können diesem Wort Ziffern angehängt werden, es sind jedoch höchstens vier Ziffern zulässig.“ Darüber hinaus werden weitere Regelungen getroffen, so sieht z. B. Art. 5 vor: „Der Name darf nicht durch die Streichung von ein oder zwei Wörtern aus einem bereits verwendeten Namen gebildet werden. Der Name einer alten Sorte, die weiterhin notorisch bekannt ist, darf nicht als Name für eine neue Sorte verwendet werden. Außerdem darf der Name sich nicht aus Elementen zusammensetzen, die seiner freien Verwendung oder der freien Vermarktung der Sorte entgegenstehen könnten.“
- 1193** Bereits existierende Namen können im Registre des demandes de certificat d’obtention végétale oder im Registre national des certificats d’obtention végétale eingesehen werden. Verstößt der Name gegen die geltenden Vorschriften, wird ein Verfahren eingeleitet, mit dem ein neuer Name gefunden werden soll. Andernfalls wird der Antrag auf Sortenschutzbescheinigung für unzulässig erklärt (Art. R.623–22).
- 1194** Ist ein Sortenschutzantrag bereits in einem anderen Vertragsstaat des Internationalen Übereinkommens zugelassen worden, muss auch in Frankreich der Name verwendet werden, der in jenem Land zugelassen wurde, es sei denn, ein Ausnahmetatbestand ist erfüllt (vgl. Art. R.623–7).
- 1195** Gemäß Art. L.623–15 Abs. 5 CPI muss dieser Name ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Sortenschutzbescheinigung „bei jeder kommerziellen Transaktion, selbst nach Ablauf der Bescheinigung“ verwendet werden. Auf diese Weise ist der Verbraucherschutz auch nach Ablauf des Züchtungsmonopols gewährleistet. Dies ähnelt den Bestimmungen zur Kollektivmarke, nach denen eine kollektive Zertifizierungsmarke, die benutzt wurde und nicht mehr geschützt ist, unabhängig von der Rechtsgrundlage nicht vor Ablauf von zehn Jahren erneut hinterlegt oder in Gebrauch genommen werden darf (Art. L.715–2 Nr. 6 CPI).

§ 2 Gesetzliche Bestimmungen und ihre Wechselwirkungen

- 1196** Seit dem Gesetz vom 1. Juli 1992 sind in Frankreich alle gesetzlichen Bestimmungen zum geistigen Eigentum im **Code de la Propriété Intellectuelle** (Gesetz über den Schutz geistigen Eigentums, CPI) zusammengefasst. Der Gesetzesteil des Code ist durch den Artikelzusatz „L.“ gekennzeichnet, und der Verordnungsteil ist an dem Zusatz „R.“ erkennbar. Das Markenrecht wird im 7. Buch behandelt und beginnt mit Art. L.711–1 CPI, die dazugehörigen verordnungsrechtlichen Vorschriften beginnen mit Art. R.712–1 CPI.
- 1197** Die Mehrzahl der französischen Vorschriften zum geistigen Eigentum wurde Ende des 20. Jahrhunderts geschaffen. Nur wenige Regelungen sind älteren Datums, z. B. das Gesetz von 1824 über den besonderen Schutz von Handelsnamen (es wurde im Code de la Con-

sommation kodifiziert, der sich vor allem mit irreführender Werbung und Betrug befasst) sowie die gesetzlichen Bestimmungen über Ursprungsbezeichnungen, die einem Gesetz aus dem Jahr 1919 entstammen.

Das CPI organisiert die Exklusivrechte, die für die unterschiedlichen Arten des anerkannten geistigen Eigentums vergeben werden, indem die Bedingungen für Erwerb, Verwertung und Verteidigung (z.B. durch Verletzungsklagen) des Rechts festgelegt werden. Das Gesetz hat bereits zahlreiche Änderungen erfahren. Im Internet kann man sich über den aktuellen Stand des geltenden Rechts informieren (die letzte bedeutende Modifikation des Markenrechts erfolgte durch das Gesetz vom 9. März 2004, das eine leicht veränderte Aufzählung der Verletzungstatbestände sowie verschärfte Sanktionen enthält). Sehr hilfreich ist die Website www.legifrance.gouv.fr, auf der die offiziellen Gesetzesfassungen sowie die Rechtsprechung des Cour de Cassation veröffentlicht sind. Die Nutzung dieser Website ist kostenlos. Auch auf der Website des französischen Parlaments, der Assemblée Nationale (www.assemblee-nationale.fr) kann man sich über den aktuellen Stand der Gesetze sowie Gesetzesvorhaben informieren. **1198**

Neben dem CPI, das sich mit dem Recht am geistigen Eigentum beschäftigt, sind auch die Grundsätze der **zivilrechtlichen Schadenshaftung** nach den Art. 1382 (bei vorsätzlichem Verschulden) und 1383 (bei nicht vorsätzlichem Verschulden, mangelnder Sorgfalt und Fahrlässigkeit) des Code Civil zu beachten. Die handelsrechtliche Klage wegen **unlauterem Wettbewerb** stützt sich auf diese Vorschriften. **1199**

Für eine erfolgreiche **Klage wegen unlauterem Wettbewerb** müssen grundsätzlich drei Voraussetzungen erfüllt sein: Es muss ein Verschulden gegeben sein, es muss ein Schaden vorliegen und es muss eine kausale Verbindung zwischen dem behaupteten Verschulden und dem geltend gemachten Schaden bestehen. Kennzeichen, die keine Marken darstellen (Firmen- und Handelsnamen, Geschäftsabzeichen, Internet-Domains etc.), können durch solche Klagen geschützt werden. Ein Verschulden wird u. a. angenommen, wenn die Verwendung des Kennzeichens geeignet ist, den Verbraucher in die Irre zu führen. Das schuldhaft Verhalten liegt hier in der Irreführung des Verbrauchers. Der Schaden besteht aus dem Verlust an Kunden, die aufgrund der Irreführung umgeleitet wurden, sowie aus der Verwässerung des Kennzeichens bei starker Marktpräsenz oder auch aus der Schädigung des Unternehmensrufs, wenn das Kennzeichen für minderwertige Produkte verwendet wurde. Klagen, die sich auf geistige Eigentumsrechte stützen, werden häufig mit Klagen wegen unlauterem Wettbewerb verbunden. Damit diese Klagen erfolgreich sind, müssen andere Tatsachen geltend gemacht werden als diejenigen, auf die die Verletzungsklage gestützt wird. **1200**

Darüber hinaus müssen auch im Bereich des Markenrechts die wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden, damit es zu keinen Marktverzerrungen kommt. Insbesondere dürfen Verträge keine rechtswidrigen Absprachen enthalten. Das **Wettbewerbsrecht** geht auf die Ordonnance vom 1. Dezember 1986 zurück. Diese Verordnung wurde bereits mehrfach geändert und ist mittlerweile im **Code de Commerce, Art. L.410–1 ff.** kodifiziert. **1201**

Im Bereich des geistigen Eigentums stellt das Gemeinschaftsrecht jedoch die wichtigste Rechtsquelle dar. Maßgebliche **markenrechtliche Gemeinschaftsvorschriften** sind die Richtlinie 2008/95/EG vom 22. Oktober 2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (vormals RL 89/104/EWG vom 21. Dezember 1988) sowie die Verordnung (EG) Nr. 40/94 vom 20. Dezember 1993 über die Gemeinschaftsmarke. Auch wenn es sich bei der Verordnung um eine Harmonisierungsvorschrift handelt, die sich mit einem gemeinschaftsrechtlichen Titel befasst, der vom Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM) vergeben wird, ähneln die Vorschriften den Bestimmungen der Richtlinie von 1988 und daher kann ihre Auslegung hilfreich sein. **1202**

Das französische Recht steht mit all diesen Bestimmungen in Einklang. Bisweilen entstehen aufgrund ungeschickter Formulierungen Schwierigkeiten, doch es gibt keine offensichtlichen Widersprüche und es bereitet der Rechtsprechung keine Probleme, das nationa-

le Recht im Lichte dieser gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften auszulegen. Das Gemeinschaftsrecht ist dem nationalen Recht vorrangig. Aus der Rechtsprechung der französischen Gerichte lässt sich die Bedeutung ablesen, die unsere Richter den Gemeinschaftsgerichten zumessen, denn viele Entscheidungen französischer Gerichte, die in den Wochen nach der Verkündung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs ergehen und Ausführungen zu bestimmten Fragen der Anwendung des Gemeinschaftsrechts enthalten, greifen die Begründung des Europäischen Gerichtshofs weitgehend auf (z. B. im Hinblick auf die Beurteilung der Verwechslungsgefahr, den Begriff der Unterscheidungskraft und der identischen Nachahmung). Der Vertrag über die Organisation des Binnenmarkts ist ebenfalls wichtig, da er einige Grundsätze enthält, die auch im Markenrecht Konsequenzen entfalten (vgl. z. B. Grundsatz der Erschöpfung der Rechte). Diese Grundsätze sind jedoch in das nationale Recht übernommen worden und daher im CPI enthalten.

- 1203** Schließlich gibt es auch auf internationaler Ebene zahlreiche Vorschriften zum geistigen Eigentum. Die **Pariser Verbandsübereinkunft** (PVÜ) vom 20. März 1883 liefert zahlreiche Definitionen von Begriffen (z. B. notorisch bekannte Marke) und anerkannten Rechten (Grundsatz der Gleichstellung mit den Angehörigen der Verbandsländer und Prioritätsgrundsatz).
- 1204** Darüber hinaus verpflichten die Abkommen, die im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) zum geistigen Eigentum geschlossen wurden (**TRIPS-Übereinkommen**), die Vertragsstaaten zu einem Mindestschutz für geistige Eigentumsrechte. Die französische Rechtsprechung berücksichtigt diese Dokumente bisweilen bei der Auslegung bestimmter Begriffe (z. B. Schutz der Marke nur bei Benutzung im geschäftlichen Kontext).
- 1205** Weitere spezielle Rechtsinstrumente im Bereich des Markenrechts sind das **Madriider Abkommen**, das 1891 unterzeichnet wurde und ein System der internationalen Registrierung von Marken festlegt, sowie das **Abkommen von Nizza** aus dem Jahr 1957, das eine internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen enthält.
- 1206** Da internationale Abkommen ebenso wie das Gemeinschaftsrecht dem nationalen Recht vorrangig sind, muss das französische nationale Recht mit den internationalen Verträgen und Abkommen, die von Frankreich ratifiziert wurden, in Einklang stehen. Im Bereich des Marken- und Kennzeichenrechts scheint dies der Fall zu sein.

§ 3 Entstehung des Schutzes

	Rdnr.
A. Marken.....	1208
B. Unternehmenskennzeichen.....	1363
C. Domains.....	1375
D. Werktitel	1376
E. Ursprungs- und Herkunftsangaben	1377

- 1207** Je nach Art des Kennzeichens ist der Schutz an unterschiedliche Voraussetzungen geknüpft.

A. Marken

	Rdnr.
I. Formelle Voraussetzungen.....	1209
II. Materielle Voraussetzungen	1235
III. Benutzung.....	1328
IV. Priorität	1360
V. Rechtsschutz für ausländische Marken.....	1361

- 1208** Art. L.712–1 CPI bestimmt: „Das Eigentum an der Marke wird durch die Eintragung erworben.“ Die Marke begründet ein **Eigentumsrecht des Hinterlegers**. Nach französi-